



## Presseinformation

Nr. 26.253

27.08.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 24 – Entlastung des Ehrenamtes – Ehrenamtspauschale anheben

Dazu sagt der Sprecher für Ehrenamt der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,  
**Jasper Balke:**

### **Ehrenamtliches Engagement braucht Wertschätzung und gute Rahmenbedingungen**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
liebe Kolleg\*innen,

Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement zeigt sich nicht allein darin, dass wir uns hier gegenseitig versichern, wie wichtig es ist. Wertschätzung muss sich auch in den Rahmenbedingungen widerspiegeln, unter denen Menschen bereit sind, ihre Freizeit, ihre Fähigkeiten und häufig genug auch ihre Nerven für andere einzusetzen. Und ja: Dazu gehört auch Geld.

Die Ehrenamtspauschale ist deshalb ein wichtiges Instrument. Nicht, weil Menschen sich engagieren, um damit Geld zu verdienen. Das wäre ein Widerspruch in sich, sondern weil niemand auf seinem Engagement finanziell sitzen bleiben oder es gar aus finanziellen Gründen aufgeben sollte.

Deshalb haben wir uns als Land bereits 2022 mit einer Bundesratsinitiative für eine Erhöhung der Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale eingesetzt. Damals wurde unser Vorschlag leider nicht direkt aufgegriffen, zum 1. Januar dieses Jahres ist die Ehrenamtspauschale nun aber immerhin von 840 auf 960 Euro und die Übungsleiterpauschale von 3.000 auf 3.300 Euro gestiegen.

Das ist gut. Aber angesichts gestiegener Lebenshaltungskosten ist es aus unserer Sicht auch richtig, perspektivisch weiterzugehen. Deshalb bitten wir mit unserem Alternativantrag die Landesregierung, sich auf Bundesebene erneut für eine angemessene weitere Erhöhung dieser Freibeträge einzusetzen.

Die von der FDP geforderten mindestens 2.400 Euro bei der Ehrenamtspauschale halten wir dabei allerdings für eine recht willkürlich gesetzte Größenordnung und wir sollten bei dieser Debatte eines nicht vergessen: Die Höhe eines steuerlichen

Freibetrages entscheidet nicht darüber, ob das Ehrenamt in Schleswig-Holstein eine gute Zukunft hat.

Wenn ich mit Ehrenamtlichen spreche, dann höre ich mindestens genauso häufig auch andere strukturelle Probleme, beispielsweise die Anerkennung und Anrechnung außeruniversitären ehrenamtlichen Engagements auf die Regelstudienzeit und damit die Förderdauer. Auch das sind die strukturellen Fragen, über die wir reden müssen.

Und deshalb investieren wir als Land ja zusätzlich strukturell 250.000 Euro in die Unterstützung des Ehrenamtes und entwickeln unsere Engagementstrategie weiter, über die wir konkret zu einem späteren Zeitpunkt intensiver debattieren werden. Gleichwohl wird uns aber der Grundsatz „Ehrenamt braucht Hauptamt“ dabei weiter leiten.

Denn wer möchte, dass sich Menschen am Wochenende um Jugendmannschaften kümmern, Veranstaltungen organisieren, Menschen retten, Kultur ermöglichen oder viele andere unterstützen möchte, die sich für ihr Engagement in der DLRG ihren Sommerurlaub nehmen oder soziale Angebote schaffen, der darf nicht erwarten, dass dieselben Menschen anschließend nachts noch Förderanträge, Datenschutzbestimmungen und Verwendungsnachweise durcharbeiten.

Ehrenamtliche wollen gestalten und nicht verwalten. Insofern enthält der Änderungsantrag des SSW durchaus viele Punkte, über die es sich zu diskutieren lohnt oder die auch schon berücksichtigt werden: von Bürokratieabbau über Digitalisierung und Beratung bis zur Stärkung hauptamtlicher Unterstützungsstrukturen. Aber er führt uns weg von einer konkreten Debatte um eine Bundesratsinitiative zur Ehrenamtpauschale, die ja viel mehr eine steuerrechtliche ist.

Liebe Kolleg\*innen,

Ehrenamt ist unbezahlbar. Aber daraus darf nicht folgen, dass uns seine Rahmenbedingungen nichts kosten dürfen. Wir brauchen finanzielle Anerkennung. Wir brauchen weniger Bürokratie. Wir brauchen verlässliche hauptamtliche Strukturen. Und vor allem brauchen wir eine Politik, die den Menschen, die Verantwortung für andere übernehmen, nicht noch zusätzliche Steine in den Weg legt.

Denn die wichtigste Ressource des Ehrenamtes ist am Ende nicht Geld. Es ist die Zeit, die Menschen bereit sind, unserer Gesellschaft zu schenken. Und mit dieser Zeit sollten wir verdammt sorgsam umgehen.

Vielen Dank.

\*\*\*

**Landtagsfraktion  
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

T 0431 988 1503  
M 0172 541 83 53

[presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

